

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Hauszettel die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Kellernpreise 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige. Anzeigen für den 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 31. Dezember.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 226

Sonntag, den 25. September 1932

27. Jahrgang

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Erklärungen des Außenministers von Neurath

Berlin, 23. September. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath veröffentlicht in der seit Beginn der Abrüstungskonferenz dreisprachig erscheinenden Zeitschrift der deutschen Liga für Völkerverbund „Der Völkerverbund, die Abrüstungskonferenz“ einen Artikel, in dem er noch einmal den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage darlegt.

Er weist darauf hin, daß die deutsche Abrüstung nach dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung war. Nur unter dieser Voraussetzung, heißt es u. a., haben Deutschlands Vertreter der Abrüstung Deutschlands zugestimmt. Nur in diesem Sinne wurde sie von den Siegermächten gelobt, während die deutsche Abrüstung sofort in Angriff genommen wurde, hat die allgemeine Abrüstung noch immer nicht begonnen. Auch die Abrüstungskonferenz hat nicht den einzigen legitimen und gerechten Weg beschritten, die deutsche Abrüstung zum Nutzen für die allgemeine zu nehmen. Die deutsche Delegation hat diesen Weg gefordert, weil nur eine nach gleichen Maßstäben für alle Völker durchgeführte Abrüstung dem Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht und weil die deutsche Abrüstung wirklich die Hälfte betragen hat. Der erste Abschnitt der Konferenz hat mit einer Resolution geschlossen, nach der es klar ist, daß die allgemeine Abrüstung hinter der Deutschlands weit zurückbleiben wird.

Die Mitwirkung Deutschlands an der allgemeinen Abrüstung, seine Beteiligung an den Abrüstungsverhandlungen in Genf wäre hin- und hergedreht, wenn die Konvention für die allgemeine Abrüstung, die das Ergebnis dieser Verhandlungen sein soll, nachher für Deutschland keine Gültigkeit bestände, sondern einen Dauerzustand weiterer Rechte in der Wehrfrage herbeiführen würde. Deswegen mußte Deutschland, wie der Reichsaußenminister betont, auf eine Entscheidung in der Gleichberechtigungfrage drängen. Sie ist für das deutsche Volk eine Lebensfrage, über die es keine Meinungsverschiedenheit gibt. Es können künftig nur noch dieselben Verpflichtungen für alle gelten. Nicht Deutschland will aufräumen, sondern andere Staaten wägen sich, abzurufen und dieselben Bindungen zu übernehmen, unter denen Deutschland steht.

Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß die deutsche Haltung den Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung einen neuen und entscheidenden Impuls geben werde.

Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Vertreter Italiens seinen aufrichtigen Dank aus.

Genf, 23. September. Wäherhalb der Tagesordnung nahm der Völkerverbundsrat einen Bericht des vorigen Ratspräsidenten über den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay entgegen. Im übrigen erledigte der Völkerverbundsrat noch kleinere Vorlagen.

Der Eröffnungssitzung des Rates ging eine längere Geheimhaltung voraus, in der der Vertreter Norwegens die auffordernde Mitteilung machte, daß der Völkerverbund im nächsten Jahre in eine äußerst prekäre finanzielle Lage geraten werde, wenn die Beiträge der Mitglieder weiter so schlecht eingehen wie jetzt. Es wurde beschlossen, diese Erklärung des norwegischen Vertreters sämtlichen Staaten zuzusenden. Die nächste Sitzung des Völkerverbundsrates findet morgen vormittag 11 Uhr statt.

Reichsregierung und Überwachungsausschuß

Berlin, 23. Sept. Wie wir erfahren, sind bei der Reichsregierung jetzt die Vorarbeiten für den Überwachungsausschuß des Reichstages eingezogen, und zwar sind Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gahl, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Staatssekretär Plank vorgeladen. Die Bernehmung soll am Dienstag nachmittags 3 Uhr stattfinden. Das Reichskabinett hat sich bei seinen heutigen Beratungen auch hiermit beschäftigt und beschlossen, der Ladung Folge zu leisten. Der Grund liegt darin, daß bei den bisherigen Verhandlungen des Ausschusses und in allen damit zusammenhängenden Veröffentlichungen sowie behauptet wurde, was geeignet ist, den tatsächlichen Vorgang zu entstellen, so daß die Reichsregierung es für notwendig hält, den wahren Sachverhalt einmal mit aller Deutlichkeit aufzuklären. Das Erscheinen der vorgeladenen Mitglieder des Ausschusses beschränkt sich allerdings auf diesen Zweck, die historischen Tatsachen der Auflösung vor dem ganzen deutschen Volke klarzustellen. Im übrigen hält das Reichskabinett an der bisherigen Linie seiner Einstellung gegenüber den Ausschüssen des Reichstages fest. Die Reichsregierung wird sich an den Verhelfen der Ausschüsse nicht beteiligen, solange nicht von ihnen und vom Reichstagspräsidenten erklärt worden ist, daß die Abstimmung im Reichstag rechtsunwirksam und rechtsungültig war.

Probleme der Einfuhrkontingentierung und der Zinsverwechslung mit der Absicht, die Münchener Rede auf die deutschen Sender zu übertragen.

Hilfe für die Landwirtschaft bringen soll. Bei der Kontingentierung ist die Lage unverändert so, daß zwischen den beteiligten Ressorts noch eine Einigung über die letzten strittigen drei Positionen erzielt werden muß. Es handelt sich dabei um Holz, Bananen sowie Felle und Häute. Ueber den Hauptteil der Kontingentierungsgebiete — gut 20 Positionen — besteht bereits seit längerem Einverständnis. Recht unsicher ist im Augenblick noch, was das Kabinett in der Zinsfrage beschließen wird. Ein Berliner Mittagsblatt zählt folgende vier Möglichkeiten auf: 1. eine generelle Zinsenkung, 2. generelle Zinsentung für die Landwirtschaft, 3. Umtausch landwirtschaftlicher Pfandbriefe in vierprozentige Pfandbriefe mit Reichsgarantie und Steuerortteil, 4. Stundung aller Zinsen über vier Prozent auf drei Jahre, Zuschlag dieser gestundeten Zinsen zum Kapital.

Dazu ist zu sagen, daß die generelle Zinsentung unter keinen Umständen in Frage kommt. Dagegen ist eine spezielle Zinsentung für die Landwirtschaft durchaus möglich. Nach Auffassung unterrichteter Kreise ist es auch denkbar, daß Stundung und Garantienplan mit dieser Senkung kombiniert werden. Im Augenblick ist aber Beurteilung im einzelnen umso schwerer, als von den beteiligten Stellen strengstes Stillschweigen bewahrt wird, um die Lösung der recht komplizierten Fragen nicht zu gefährden. Diese Discretion soll auch eingehalten werden, bis der Reichsfinanzminister in seiner Münchener Rede umfassenden Aufschluß geben wird. Die Annahme, Freiherr von Braun werde schon gleich nach der Kabinettsitzung im Rundfunk hierüber sprechen, ist irrig. Es handelt sich offenbar um eine

Besprechung zwischen Sir John Simon und von Neurath

Genf, 23. September. Aus Kreisen der englischen Delegation verlautet, daß der englische Außenminister Sir John Simon den deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath um eine Unterredung gebeten habe, und daß diese Besprechung in den Abendstunden am 23. September stattgefunden soll. Es verlautet weiter, daß heute vormittag eine sehr eingehende Unterredung zwischen Sir John Simon und Paul Boncour stattgefunden habe. Ausländische Kreise sind der Meinung, daß Sir John Simon von sich aus in der Gleichberechtigungsfrage verhandeln wolle.

Genf, 23. September. Ueber die nahezu zweistündige Unterredung zwischen Sir John Simon und Freiherrn von Neurath verlautet aus ausländischen Konferenzkreisen, daß Gegenstand der Unterhaltung die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung im Zusammenhang mit dem britischen Memorandum gewesen sei. Es scheint dem britischen Außenminister darauf angekommen zu sein, Erläuterungen zu dem britischen Memorandum zu geben und gewisse Bestimmungen auszuräumen, die wegen dieses Memorandums in der deutschen Öffentlichkeit entstanden sind. Nach Ansicht Sir John Simons hat man in der deutschen Beurteilung des Memorandums zu stark den Nachdruck auf den juristischen Teil gelegt. Nach englischer Auffassung liegt die Hauptbedeutung dieses Schriftstücks in dem fünften Teil, wo die Ansicht der englischen Regierung über die Aufgabe und das Ziel der Abrüstungskonferenz unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen jeder Nation dargestellt wird. Man hat den Eindruck, daß die Engländer augenblicklich zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln suchen. Sir John Simon glaubt offenbar, daß die englische Auffassung über das Gesamtproblem Brücken bildet, auf denen eine Verständigung gefunden werden könnte. Es verlautet am Spätabend, daß Sir John Simon Paul Boncour über seine Unterredung mit Freiherrn von Neurath unterrichtet hat. Der Vermittlerrolle, die Sir John Simon offenbar zu übernehmen wünscht, würde es entsprechen, wenn er seine Bemühungen darauf richtete, in den nächsten Tagen seine heutigen Besprechungen mit von Neurath auch auf andere Mächte auszuweiten. Vorläufig sind weitere Besprechungen aber noch nicht anberaumt.

Auch in Baden anlässlich des 85. Geburtstages Hinderburgs schulfrei

Karlsruhe, 24. Sept. Auch in Baden werden am 1. Oktober aus Anlaß des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hinderburg Schulfestern abgehalten werden, nach denen der Unterricht ausfällt.

Die Landwirtschaftshilfe

Entscheidende Kabinettsberatungen
Berlin, 23. Sept. Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr in die Beratungen eingetreten. Die nun die letzte Entscheidung über die beiden großen

Neueinstellungen auf Grund der Wirtschaftsverordnung

Berlin, 23. Sept. Nach den statistischen Erhebungen des Schlichters für Brandenburg und die Grenzmark Posen-Westpreußen sind seit dem 15. ds. Mts. im Gebiet der Provinz Brandenburg, Berlin und der Grenzmark insgesamt in 66 Betrieben 1651 neue Einstellungen erfolgt.

Dejau, 23. Sept. Die Schokoladenfabrik „Rada“ in Dessau-Alten hat in den letzten zehn Tagen 150 Arbeiter neu eingestellt. Weitere 100 Neueinstellungen sollen in Kürze erfolgen.

Die sächsische Industrie zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat in seiner Sitzung vom 23. September nach eingehender Aussprache über die Notverordnung der Reichsregierung und ihr wirtschaftspolitisches Programm die folgende Entschliessung einstimmig gefasst: Seit den Jahren des Zusammenbruchs hat der Verband Sächsischer Industrieller Regierungen und Parlamente eindringlich davon gewarnt, das Werk des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus durch die Verwirklichung sozialistischer und kollektivistischer Gedankengänge zu gefährden. Kaum ein Land hat unter der Richtung dieser Forderungen in so schwerer Weise durch den Zusammenbruch seiner Wirtschaft und die Verelendung seiner Bevölkerung gelitten, als das sächsische Industriegebiet.

Das Programm im Gegensatz zur Politik früherer Regierungen unter Ablehnung von Eingriffen in die Sphäre der Privatwirtschaft die Notwendigkeit einer Lockerung der zahlreichen Bindungen und Belastungen, die den wirtschaftlichen Niedergang verursacht haben, anerkennt und ernste Schritte zu ihrer Beseitigung einleitet. Wenn auch die Maßnahmen der Reichsregierung in einzelnen Punkten nicht ohne Bedenken zu betrachten, insbesondere vom sächsischen Standpunkt aus die Kontingentierungsabsichten als besonders gefährlich abzulehnen sind, so wäre es doch verhängnisvoll, wenn vor lauter Bedenken der Wille zum Handeln erlahmte.

Die sächsische Industrie lehnt es deshalb ab, den großartigen, von Mut und Verantwortungsfreudigkeit zeugenden Plan durch eine negative Kritik entwertet zu lassen. Sie wendet sich insbesondere auch dagegen, daß ein entarteter Parlamentarismus, der nach seinem Verfall in all den vergangenen Jahren das moralische Recht auf die Führung unseres politischen und wirtschaftlichen Kurses verwirkt hat, durch Entfesselung der parteipolitischen Leidenschaften den Erfolg des grundsätzlichen Kurswechsels gefährdet.

Ruhe und Vertrauen sind mehr denn je notwendig, wenn der Versuch der Wiederaufrichtung unseres

68. Ratsagung in Genf

Völkerverbund in Finanzsalamitäten
Genf, 23. September. Die 68. Tagung des Völkerverbunds wurde heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten des irischen Freistaates, Devalera, eröffnet. Deutschland ist durch seinen Außenminister Freiherrn von Neurath vertreten. Die Tagung begann mit einer kurzen, sehr eindrucksvollen Trauerkundgebung für den verstorbenen Völkerverbundsminister in Danzig, Grafen Graßina. Der Ratspräsident hielt dabei eine Ansprache, die von der Versammlung stehend angehört wurde. Die Sitzung wurde dann zum Zeichen der Trauer auf 5 Minuten unterbrochen. Nach

odnem, wie im leblichen erreicht r. Das und des n, wer- gäucht. fruch- en Wä- ter der nen erst Samen enthält nament- orufen Wirkung Pflanze den zu en aus- Pflanze

ft wie- öflicher ber im in daß ist der den der 3 Hirse- harlotte kolf van n. Da sich die und genbild zwischen gt, da Hirse- get mal Se. e. " ngt ein

Wetter

ter des .00 Ra- oins in t. 18.80 e Gar- ausand. trichst. der An- 10 Wet-

12.30

Unter- 3.00 36 0 Kon- 5 Trai- urstag. 5 Nach-

olgende

97846

99445

56184

107296

134996

152078

11091

25739

43256

55822

71324

86741

101599

119519

133810

147662

4499

13340

19599

26423

34858

40633

46837

53890

63709

76578

89471

97014

102123

09805

17635

25412

34377

46873

52256

55967

wspd.